

## Die studentischen unbrennt-Proteste 2009/2010

### Vom Erlöschen eines Feuers und dem Weiterbrennen der Universitäten

Martin Haselwanter

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der am 20. Oktober 2009 in Wien ihren Ausgang nehmenden, unbrennt-Proteste wurde in der österreichischen Hauptstadt von 20.-26. Oktober 2014 eine Aktionswoche durchgeführt. Im Aufruftext dazu hieß es: „Heute, 2014, sind die Forderungen von #unbrennt aktueller denn je. Die Hochschulen sind weiterhin unterfinanziert, viele Lehrende prekär beschäftigt und die Studierenden leiden unter miserablen Studienbedingungen und Studiengebühren.“<sup>1</sup>

Damit konstatieren die OrganisatorInnen, wie vergleichbar auch Mitglieder des Vorsitzbüros der Bundesvertretung der Österreichischen HochschülerInnenschaft ÖH (die offizielle Studierendenvertretung)<sup>2</sup>, ein andauerndes *Brennen* der österreichischen Universitäten: Im Unterschied zu 2009 und 2010 ist jedoch gegenwärtig der metaphorische Begriff des *Brennens* nicht dialektisch – als Synonym dafür, dass sowohl die Probleme an den/der Universitäten brennend sind als auch die entstehenden Proteste einem lodernden Feuer gleichen – zu verstehen. Der Begriff des *Brennens* bezieht sich aktuell lediglich auf die prekären Verhältnisse an den/der Universitäten: Eine *lodernde Protestbewegung* ist hingegen weder vorhanden noch in Sicht.

Zur Begründung der *These*, dass gegenwärtig sowie in naher Zukunft keine von den Universitäten ausgehenden, umfassenden Protestaktionen zu erwarten sind, werden politisch-ökonomische Entwicklungen, unbrennt vorangehender Aktivismus, konkrete Gründe, Charakteristika sowie Verlauf, Ergebnisse und Folgewirkungen der studentischen Proteste 2009/2010 nachgezeichnet. Im Fokus steht dabei Österreich, wo der Aktionismus begann und eine starke Ausprägung erfuhr.

#### 1 | Neoliberalismus, Bologna und UG 2002

Das Ende des real existierenden Sozialismus führte dazu, dass die kapitalistischen Staaten des Westens seit den 1990er Jahren zunehmend weniger sozialintegrativ und wettbewerbsregulierend agierten. Neoliberale Entwicklungen – u. a. die Zurückdrängung wohlfahrtsstaatlicher und

repräsentativ-demokratischer Regelungen bei gleichzeitiger Vervielfachung des Einflusses von Marktimperativen und der kapitalistischen Profitlogik – wurden verstärkt durchgesetzt (Brand 2006).

Meilenstein in der Neoliberalisierung der Hochschullandschaft war die 1999 von 29 MinisterInnen unterzeichnete Bologna-Vereinbarung, die die Einführung eines Systems vergleichbarer Abschlüsse anstrebte, um „die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit“ zu fördern. Resultat dessen ist u. a. die Durchsetzung eines zwei- bzw. dreigliedrigen Abschlussmodus (heute Bachelor, Master, PhD), der die Erhöhung der Mobilität Studierender als Ziel vorgibt (Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister 1999). Da das Bologna-Abkommen ohne die Mitwirkung der EU zustande kam, formulierten EU-VertreterInnen, um sich an dem Prozess zu beteiligen, im März 2000 in Lissabon vergleichbare Mobilitäts- und Beschäftigungsimperative und kündigten an, „die Europäische Union bis zum Jahr 2010 zur ‚wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaft der Welt‘“ zu machen (Pongratz 2010: 41). Die dazu benötigten Ausgaben sollen, der Kommission folgend, auf drei Ebenen bereitgestellt werden: Privates Sponsoring, die kommerzielle Nutzung von Forschungsergebnissen und „Beiträge“ von Studierenden.<sup>3</sup>

Die damals neu gewählte österreichische Bundesregierung, bestehend aus ÖVP (Österreichische Volkspartei) und FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs), beschloss vor diesem Hintergrund im September 2000 die Wiedereinführung von Studienbeiträgen (363,36 Euro/Semester), wodurch Studierende zu HochschulkundInnen wurden. Darüber hinaus folgte im Juli 2002 ein neues Universitätsgesetz: das UG 2002. Dieses Gesetz führte dazu, dass (relativ) demokratische Entscheidungsverfahren an den Universitäten, die seit den 1970er Jahren von einer starken Einbeziehung Studierender gekennzeichnet waren, durch hierarchische Managementstrukturen abgelöst wurden (Pasqualoni 2010: 62).

Das UG 2002 gilt europäischen BildungsministerInnen als „Best-Practice-Modell“ für die Entwicklung der Hochschulen und damit auch die Durchsetzung der Bologna-Vereinbarungen.<sup>4</sup> Vergleichbar analysiert Juliane Soyka die Umstrukturierungen im Rahmen des UG 2002 als in der Logik des Bologna-Modells stehend und hebt besonders die damit einhergehende „strategische Unterfinanzierung“ (Soyka 2011: 276) des Hochschulbereichs hervor. Neben überfüllten Hörsälen, der Verschulung/Modularisierung der Curricula und einer dadurch verringerten temporären Autonomie in den Studien resultiert dies in Debatten darüber, wie eine umfassende Finanzierung der Universitäten möglich sein könnte: Es folgten andauernde Diskussionen über eine Veränderung/Verschärfung der Studienbeitragsregelungen sowie die Frage, ob der Zugang zu den

österreichischen Universitäten durch zusätzliche Beschränkungen reglementiert werden soll. Zudem wurden die Universitäten (bzw. deren Beschäftigte) beauftragt, der Unterfinanzierung durch das Einweben von Drittmitteln (u. a. Gelder von Stiftungen und Konzernen [Stichworte: Sponsoring und Auftragsforschung] sowie der EU, nationalen Förderstellen oder den Ländern) zu begegnen (Soyka 2011: 266; Haselwanter 2014: 68ff).

## 2| Vorläufer

Die Entwicklungen seit den frühen 2000er Jahren führten in Verbindung mit einer steigenden Studierendenzahl zu sich verschlechternden, zeitlich rigideren sowie inhaltlich verengten Studienbedingungen, zu überfüllten Lehrveranstaltungen und einer Entdemokratisierung sowie einem stärker werdenden Einfluss der kapitalistischen Ökonomie und ihrer Imperative. Dagegen regte sich jedoch auch Widerstand: Beispielsweise positionierte sich die offizielle Studierendenvertretung (ÖH) im Rahmen ihrer Möglichkeiten gegen diese Tendenzen, versuchte Studierende über die umfassenden Änderungen zu informieren, organisierte Demonstrationen und vertrat darüber hinaus einen dezidiert politischen Bildungsbegriff, der antifaschistisches, globalisierungskritisches oder auch sozialpolitisches Engagement implizierte<sup>5</sup>.

Im Oktober 2005 entstand zusätzlich aus der „Basisgruppe Internationale Entwicklung“ in Wien die Initiative „Keine Uni“, die frei zugängliche Workshops, Diskussionsrunden und Seminare innerhalb und außerhalb der Universität organisierte und für den österreichischen Bewegungsforscher Robert Foltin „als (eine der) Vorgeschichte(n) von *unibrennt*“ gilt (Foltin 2011: 134). Ab 2007 organisierten sich, als weitere Vorläufer des unibrennt-Aktionismus, Initiativen wie die „Nomanden“ an der Wiener Akademie der bildenden Künste, die sich u. a. mit der Kritik an der Bologna-Struktur beschäftigten und bildungstheoretische Inhalte diskutierten. 2008 wurde das onlinebasierte „UG2002-Novelle, Diskussionsarchiv“ gegründet und im selben Jahr organisierten sich Studierende der „Internationalen Entwicklung“ (IE) im Rahmen des Widerstandscafés, das sich neben der Durchsetzung eines vollwertigen IE-Studiums zum Ziel gesetzt hatte, dissidente Debatten zu befördern. An der Akademie der bildenden Künste entstand des weiteren IRDEI (Initiative for the Re-Democratisation of Educational Institutions) – eine Gruppe Studierender und Lehrender, die vor allem die Vernetzung unterschiedlicher Protestbewegungen als deren Ziel betrachtete.

Konkret rief das im Frühjahr 2009 entstandene „Netzwerk Emanzipatorische Bildung“ für 8. Juli 2009 zu einer Demonstration gegen die parlamentarische Verabschiedung einer UG 2002-Novelle auf, die u. a. die Verschärfung von Zugangsbedingungen beinhaltete. Die parlamentarische Beschlussfassung

konnte dadurch jedoch nicht verhindert werden. Über den Sommer 2009 beschäftigte sich die „IG (Interessengemeinschaft) Externe LektorInnen und Freie WissenschaftlerInnen“ verstärkt mit prekären Beschäftigungsverhältnissen an der Universität und organisierte Mitte Oktober zusammen mit der Gruppe „Prekärcafé“ eine diesbezügliche Veranstaltung, die gleichfalls zu einer Organisation aufrief (Foltin 2011: 188f; Haselwanter 2014: 121ff).

Auch international war ab Mitte der 2000er Jahre (u. a. aufgrund der Bologna-Reform und der sich verstärkenden Wettbewerbsideologie) ein zunehmendes Protestaufkommen an den Universitäten und darüber hinaus, beflügelt durch die Wirtschaftskrise ab 2007, wahrnehmbar.

### 3| Konkrete Protestgründe

Auf Basis der Betrachtung von politisch-ökonomischen Entwicklungen seit den 1990er Jahren sowie von unbrennt vorhergehendem Aktivismus können *sechs*, sich wechselseitig bedingende Gründe der Entstehung des studentischen Protests 2009 unterschieden werden:

So ist die Konstitution von unbrennt *erstens* nur auf Grundlage der sich ab den 1990er Jahren verstärkenden neoliberal-kapitalistischen Instrumentalisierung universitärer Bildung (und der gesamten Gesellschaft) zu verstehen.

*Zweitens* ermöglichten die ab Mitte der 2000er Jahre stattfindenden Bildungsvorgänge im Rahmen von unbrennt vorhergehendem Aktivismus – als *Räume der Bildung* – primär autonome Protest- und Organisationserfahrungen.

*Drittens* ist die etwa zeitgleiche Häufung von internationalem Aktivismus elementar für die allgemeine Protestmotivation.

*Viertens* war die Phase ab Beginn des Wintersemesters 2006/2007 von der rigiden Implementierung der Bologna-Richtlinien geprägt, die bis 2010 vollzogen werden sollte, was besonders jene Studierenden zu widerständigem Agieren bewegte, die von einer Umstufung in die neuen Bachelor/Master-Studienordnungen betroffen waren (beispielsweise konnte eine Umstufung mit einer Aberkennung von Prüfungsleistungen einhergehen).

*Fünftens* waren im Rahmen der ursprünglichen Diplomstudienordnungen weniger restriktive Bildungserfahrungen möglich, da sich Studierende zeitintensiver mit Bildungsinhalten beschäftigen konnten, was deren Kritikfähigkeit beförderte.

*Sechstens* wurde die Konstitution des Protests auch durch die Prekarisierung von AkademikerInnen am Arbeitsmarkt, die Zunahme wechselseitiger Konkurrenz und einer damit einhergehenden Zukunftsangst befördert (Haselwanter 2014: 124ff).

Dass besonders die Kritik an der Einführung des Bologna-Modells elementar war und unbrennt letztlich als *verspätete Anti-Bologna Bewegung* interpretierbar ist, zeigt nicht zuletzt der konkrete Hintergrund des erstmaligen Auftretens.

#### 4| Beginn und Charakteristika

Für den 20. Oktober 2009 kündigten Studierende und Lehrende der Akademie der bildenden Künste eine Pressekonferenz an, mit der sie ihrem Unmut gegen die Unterzeichnung von Leistungsvereinbarungen, die u. a. eine Umstellung des Studiengangs Bildende Kunst auf das Bachelor/Master-System bedeutet hätte, Ausdruck verliehen (Lemke 2009). Im Anschluss an die Pressekonferenz kam es zur Besetzung von Teilen des Akademie-Gebäudes. Davon ausgehend und basierend auf der Misstimmung vieler Studierender auch außerhalb der Akademie, wurde am 22. Oktober eine Demonstration unter dem Motto „Die Uni brennt!“, nach dem sich der Aktionismus benannte, organisiert.

Im Anschluss daran wurde das Audimax – der größte Hörsaal der Universität Wien – besetzt und zum zentralen Protestort. Am 23. Oktober kam es in Solidarität mit den Wiener AktivistInnen zur Besetzung eines Teils der Grazer Universität und im Laufe der kommenden Tage weitete sich der studentische Protest auf Linz und Klagenfurt sowie andere Universitätsstandorte in der österreichischen Hauptstadt aus. Darüber hinaus folgten weitere Besetzungen und am 28. Oktober gingen zehntausende Menschen unter dem Motto „Geld für Bildung statt für Banken“ in Wien und einige hundert in Salzburg, wo ein zusätzlicher Hörsaal okkupiert wurde, auf die Straße. Am 29. Oktober demonstrierten tausend Menschen in Innsbruck und in Folge wurde die dortige Aula der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät besetzt. Damit war Ende Oktober 2009 das *Feuer* von unbrennt an allen größeren Universitätsstandorten Österreichs (bis auf Leoben) entfacht. Die europaweite sowie die globale Ausbreitung der Proteste sollte während der kommenden Wochen folgen und der in Österreich beginnende Aktivismus wurde damit zur bisher umfangreichsten studentischen Mobilisierung des neuen Jahrtausends (Haselwanter 2014: 5f, 128ff).

Schon zu Beginn kristallisierten sich protestprägende Charakteristika heraus. So wurde die Besetzung des Audimax am 22. Oktober durch eine Zweidrittelmehrheit aller Anwesenden demokratisch

bestätigt. In Folge war es nicht die offizielle Studierendenvertretung (ÖH), sondern basisdemokratische Strukturen (u. a. das Plenum als Entscheidungsfindungsorgan aller anwesenden AktivistInnen), die die weitere Organisation der Besetzungen in Wien und den Bundesländern bestimmte. In Ergänzung zum Plenum konstituierten sich für alle Interessierten zugängliche Arbeitsgruppen (AG's oder Agrus), die – nach den Vorgaben des bzw. in Wechselwirkung mit den Plena – die Besetzungen und auch außerhalb der Universitäten stattfindenden Aktionen organisierten.

Besonders während der ersten Wochen wurde über mögliche Forderungen und die Wechselwirkung von gesellschaftlichen Verhältnissen und Bildung oder auch die (kapitalistische) Ökonomisierung der Universitäten diskutiert. Zudem wurden Grundsätze (Gewaltfreiheit, Antifaschismus, Antisexismus etc.), nach denen die heterogen zusammengesetzten Beteiligten ihr Verhalten idealtypisch richten sollten, basisdemokratisch verabschiedet. Schon während der ersten Tage kam es zur Organisation eines umfangreichen Kulturprogramms. Darüber hinaus erforderte die Aufrechterhaltung der Besetzungen, dass aktive Studierende (je nach Standort) auch in den Hörsälen oder angrenzenden Bereichen übernachteten und einen Teil ihrer Lebenszeit in die okkupierten Räumlichkeiten verlegten. Wie lange die Besetzungen andauern sollten, wurde, um den politischen Druck zu erhöhen, von Beginn an offen gelassen. Der Einsatz Neuer Medien war in Verbindung mit dem Agieren der „Presse Arbeitsgruppen“ elementar für die aufkommende Popularität und das Interesse kommerzieller Medien, besonders zu Beginn des Aktionismus. Der studentische Protest war somit nicht nur Beispiel gelebter Basisdemokratie oder der Verbindung von politischem und privatem Handeln in den Hörsälen, sondern gleichfalls Vorreiter in der Verwendung neuer Technologien (Haselwanter 2014: 133f, 174ff).

Am 28. Oktober luden die BesetzerInnen des Audimax den Rektor der Universität Wien, Georg Winckler, Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP), Kanzler Werner Faymann (Sozialdemokratische Partei Österreichs, SPÖ) sowie Vizekanzler Josef Pröll (ÖVP) zu einem aktiven Dialog ein.<sup>6</sup> Dabei nannten die BesetzerInnen (konkrete) Forderungen wie die grundlegende Überarbeitung des Bachelor/Master-Systems, die Durchsetzung eines freien Hochschulzugangs für alle Studierenden sowie die Demokratisierung und Ausfinanzierung der Universitäten.<sup>7</sup> Vorläufig nahm keiner der Adressaten die Gesprächseinladung an. Der am 27. Oktober 2009 als EU-Kommissar nominierte Wissenschaftsminister Johannes Hahn lehnte ein Treffen vielmehr kategorisch ab und sprach davon, dass er den Unrechtszustand der Besetzung(en) nicht durch seine Anwesenheit legitimieren wolle.<sup>8</sup>

Mit 6. November ließ sich konstatieren, dass in ganz Österreich an elf Universitätsstandorten Besetzungen bestanden (Universität Innsbruck, Universität Salzburg, Kunstuniversität Linz, Universität Linz, Universität Klagenfurt, TU Graz, Universität Graz, BOKU Wien, Universität Wien [Audimax und C1], TU Wien, Akademie der bildenden Künste).<sup>9</sup>

## 5 | Protestphasen

Bezüglich des beginnenden Novembers ist nach einer *ersten*, enthusiastischen *Startphase* von einer Stagnation „auf hohem Niveau“, besonders in Bezugnahme auf Ereignisse in Wien, auszugehen: Einerseits holten der universitäre Alltag sowie die von vielen zu verrichtende Lohnarbeit die AktivistInnen ein und andererseits hatte sich der Protest (noch) nicht auf andere Länder ausgebreitet (Foltin 2009: 37).

Am 4. November kam es jedoch – nachdem im Oktober schon in Berlin Aktionen durchgeführt wurden – zum Übergang von der beginnenden, nationalen Start- und Konsolidierungsphase zur *zweiten von sechs unbrennt-Phasen*: der Internationalisierung. Der Beginn dieser Phase war von umfassendem Aktionismus in vielen Städten Deutschlands gekennzeichnet. Damit erhielten die Proteste (auch in Österreich) eine neue Dynamik, die mit ihrer Ausbreitung in das Nachbarland gleichfalls eine Rückkehr – in Deutschland wurde schon im Sommersemester 2009 umfangreich mobilisiert – fanden (Haselwanter 2014: 139f).

Im Rahmen der „Global Week of Action“ von 9. bis 18. November kam es dann zu einer Globalisierung der Proteste. Neben Deutschland gingen nun auch Studierende in der Schweiz, in Italien, in Serbien oder in Irland sowie in vielen anderen Ländern Europas auf die Straße. Am 17. November, dem internationalen Studententag, an dem alljährlich an den Widerstand Prager Studierender gegen die Nationalsozialisten erinnert wird<sup>10</sup>, demonstrierten 300.000 Menschen europaweit. Auch in Sierra Leone, Bangladesch, Indonesien, Argentinien und den USA folgten (weitere) Proteste und in Kroatien, wo es im ersten Halbjahr 2009 schon zu Aktionen kam, konstituierte sich erneut eine Besetzungsbewegung.<sup>11</sup> Aber nicht nur der Protest der österreichischen Studierenden verbreitete sich, sondern ebenso die Aktionsform der Besetzung: Mitte November 2009 waren weltweit an über 100 Universitäten<sup>12</sup> Hörsäle oder andere Räumlichkeiten okkupiert.

Die (internationale) Hochphase studentischer Protestaktionen im November war ebenso jener Zeitraum, in dem die *dritte Phase* des (österreichischen) Aktionismus ihren Anfang nahm: Konkret

reichte diese Periode etwa bis zum Jahreswechsel und gipfelte im freiwilligen und unfreiwilligen Verlassen der meisten Hörsäle (Haselwanter 2014: 143).

Ein zentraler werdendes Element der *dritten Phase* war neben der sich wieder reduzierenden internationalen Resonanz die fortgesetzte Nichtbeachtung der Proteste durch österreichische PolitikerInnen. Zwar kam es am 18. und 19. November zu (erneuten) Gesprächen über Lösungen zu den drängendsten Problemen zwischen unibrennt-AktivistInnen und Universitätsleitungen in Wien, Graz und Innsbruck (Sniesko 2010: S. 310). Jedoch ist der Handlungsspielraum der Universitätsleitungen im Gegensatz zur Politik gering und so konnte im Zuge der Treffen nur lokal begrenzt über Problematiken des universitären Bildungswesens und diesbezüglicher Forderungen diskutiert werden. Außerdem kam es neben Debatten über die politische und inhaltliche Ausrichtung von unibrennt und aufgrund der geringer werdenden Zahl von BesetzerInnen zu internen Diskussionen, inwieweit freiwillige Räumungen zielführend sein könnten. Primär im Wiener Audimax nutzte zudem eine größer werdende Zahl Wohnungsloser die besetzten Räumlichkeiten, was eine zusätzliche Belastung für die zahlenmäßig sich reduzierenden studentischen AktivistInnen bedeutete (Haselwanter 2014: 143).

In den Bundesländern waren freiwillige Räumungen Ergebnis dieser Entwicklungen. In Wien hingegen waren es die Rektorate, die nach 61 Tagen Besetzung am 21. Dezember 2009 für die Räumung des Audimax (Sniesko 2010: 311) sowie am 31. Dezember und nach 72 Tagen für die polizeiliche Auflösung der Okkupation an der Akademie verantwortlich zeichneten.<sup>13</sup> Andere, zum Teil noch besetzte Räumlichkeiten (u. a. der Hörsaal C1 in Wien) blieben den AktivistInnen (noch) erhalten.

Mit dem Ende vieler Besetzungen um den Jahreswechsel 2009/2010 – in Deutschland kam es u. a. erst am 14. Februar 2010 zur Räumung des letzten, noch besetzten Hörsaals in Berlin (Allgemeiner Studierendenausschuss der FU 2010) – begann die *vierte Phase* von unibrennt. Diese war einerseits gekennzeichnet durch die internationale Mobilisierung gegen die 10-Jahre-Bologna-Jubiläumskonferenz am 11. und 12. März 2010 in Wien und Budapest und andererseits die wachsende Bedeutung von Ereignissen in der österreichischen Bundeshauptstadt im Vergleich zu den spärlicher werdenden Aktionen in den Bundesländern (Haselwanter 2014: 151, 162).

Darüber hinaus kam es zu einem verstärkten Fokus (von Teilen der AktivistInnen) auf den von Minister Hahn im November 2009 initiierten „Dialog Hochschulpartnerschaft“, der das Ziel verfolgte, durch Gesprächsrunden sich bis Juni 2010 auf unverbindliche Handlungsempfehlungen für die Politik bezüglich des Hochschulwesens zu einigen (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung



2010: 6f). Schon vor Beendigung des Dialogs stiegen jedoch viele der Beteiligten (u. a. die Bundesvertretung und einzelne Fraktionen der ÖH, die Rektorenkonferenz oder die AG Mittwoch, als Vertreterin von unibrennt) begleitet von heftiger Kritik aus den Gesprächen aus: So sprach die AG Mittwoch von „parteilichem Kalkül“ und die damalige ÖH-Bundvorsitzende Sigrid Maurer von einem „Alibidialog“. Die seit März 2010 amtierende Ministerin Beatrix Karl (ÖVP), so die KritikerInnen weiter, würde den Dialog nicht ernst nehmen und unabhängig von den Ergebnissen der Hochschuldialogtreffen ohnedies Zugangsbeschränkungen einführen und den Universitäten weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stellen<sup>14</sup> (Arnim-Ellissen 2010).

Schon vor dem Ende des Hochschuldialogs und der Ankündigung einer Einführung weiterer Zugangsbeschränkungen Ende April 2010 kann primär national – international ging von den Aktionen gegen die Jubiläumskonferenz im März ein erneuter Schub aus – zunehmend weniger von der Existenz einer mobilisierungsstarken Bewegung gesprochen werden. So war der Zeitraum nach den Konferenz-Protesten – die *fünfte unibrennt-Phase* – einerseits durch den Rückgang von (tendenziell vereinzelt) Protestaktionen und temporären Besetzungen sowie eine geringere Beteiligung gekennzeichnet. Darüber hinaus fiel in diese Periode die Räumung eine der letzten von AktivistInnen genutzten Räumlichkeiten, der so genannten bAula („befreite Aula“) am 8. Mai in Wien. Ihren Abschluss fand die *fünfte Protestphase* mit dem Ende des Hochschuldialogs und dem Beginn der Sommerferien (Haselwanter 2014: 159, 162).

Anfang September 2010 wurde unibrennt der Ehrenpreis der „Ars Electronica“ für den Bereich „Digital Communities“ überreicht.<sup>15</sup> Etwa mit diesem Ereignis ist vom Beginn der *sechsten und letzten Phase* – dem von AktivistInnen angekündigten „heißen Herbst“ – auszugehen. Zentral für diesen Zeitraum war einerseits ein von den Rektoren organisierter Aktionstag sowie die Wiederbesetzung (und polizeiliche Räumung) des Audimax am 19. Oktober und andererseits die Ankündigung der Kürzung der Familienbeihilfe, die nur mehr bis zum vollendeten 24. Lebensjahr (ursprünglich bis zum 26.) ausbezahlt wird, was zu einem neuerlichen *Aufflammen* von Protest- und Besetzungsaktionen im Herbst/Winter 2010 führte. Jedoch folgte darauf weder eine Rücknahme des Kürzungsvorhabens noch ein neuerliches Entstehen eines starken Protestfeuers: Die unibrennt-Proteste erloschen vielmehr im folgenden Winter (Haselwanter 2014: 165ff, 172).

## 6| Ergebnisse

Die meisten Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden: Weder kam es zu einer grundlegenden Überarbeitung des Bachelor/Master-Systems und zu einem freien Hochschulzugang für alle

Studierenden noch zu einer Demokratisierung und Ausfinanzierung der Universitäten etc. Vielmehr folgten weitere Zugangsbeschränkungen und die Zunahme von Drittmittelfinanzierungen (Haselwanter 2014: 218f).

Parallel zur Nichtdurchsetzung vieler Forderungen sind jedoch *Nebenwirkungen* zu konstatieren, die erlauben, von einem *produktiven Scheitern* des studentischen Protests zu sprechen. Diese *Nebenwirkungen* verdeutlichen sich auf *fünf Ebenen*:

- *erstens* in materiellen Erfolgen (u. a. die Verhinderung der Einführung des Bachelor/Master-Systems im Akademie-Studienzweig Bildende Künste, die Überarbeitung von Studienplänen an mehreren Universitäten oder die Vermehrung studentischer Freiräume);

- *zweitens* in Bildungsvorgängen, in den sich im Rahmen der Proteste konstituierenden *Räumen der Bildung* (u. a. wurden die Hörsäle temporär deren idealtypischer Bestimmung als Orte der Diskussion, des wechselseitigen Lernens, der kritischen Debatte und der Gemeinschaftlichkeit, unabhängig von Zugangsbeschränkungen, Drittmitteln und Gebühren, zugeführt.);

- *drittens* in politisierend-organisatorischen Folgewirkungen (u. a. die personelle Stärkung von ÖH-Fraktionen, die Gründung bzw. Weiterführung diverser Medienprojekte [u. a. wienTV.org oder das Diskussionsformat „Supertaalk“] sowie die Entstehung des karitativen „VinziRast mittendrin“-Projekts, das auf dem gemeinschaftlichen Wohnen Obdachloser und Studierender im Audimax basiert);

- *viertens* in der Tatsache, dass das Thema Bildung zu einem medial und gesamtgesellschaftlich umfassend diskutierten Thema wurde und

- *fünftens* muss die nicht beantwortbare Frage reflektiert werden, welche (neoliberalen) Entwicklungen durch die Proteste letztlich verhindert werden konnten (Haselwanter: 197ff).

## 7| Gründe des Scheiterns

Trotz dem Vorhandensein *produktiver Nebenwirkungen* ist das Scheitern jedoch als zentral zu benennen. Gründe dafür sind u. a. in der Verfasstheit der kapitalistischen Gesellschaft auszumachen: So wird das Potential, sich (über längere Zeiträume) an Protesten zu beteiligen, durch den Zwang zur Verrichtung von Lohnarbeit eingeschränkt. Zudem wiegt der *internalisierte Rucksack der Warengesellschaft* (Konkurrenzlogik, affirmative Denkweisen, Angst um den Arbeitsplatz etc.) aktuell

wesentlich schwerer als während früherer Protestphasen (u. a. 1968), was die Entwicklung eines radikalen, Antagonismen erkennenden Bewusstseins, erschwert.

Auch das inhaltlich und strukturell von der neoliberalen Hegemonie geprägte Bildungswesen liefert fortgesetzt weniger Möglichkeiten grundlegender Einsichten. Damit einhergehend ist das Scheitern von unbrennt ebenso auf die abwartende Haltung politischer (und universitärer) VertreterInnen zurückzuführen, die in vielen Fällen in ihrer taktischen Bedeutung (u. a. dem Hochschuldialog als „Beschäftigungstherapie“ für AktivistInnen) verkannt wurde. Auch der Fokus der AktivistInnen auf die äußere Form – u. a. die mediale Rezeption statt der Konzentration auf eigene Inhalte – ist ein weiterer Grund des Scheiterns (Haselwanter 2014: 201ff).

Zusammengefasst war es letztlich die Wechselwirkung der fortschreitenden kapitalistischen Instrumentalisierung der Gesellschaft und des Bildungswesens in Verbindung mit dem (taktischen) Agieren politischer, universitärer und medialer AkteurInnen sowie der Konzentration auf deren Ansichten, die dazu beitrug, dass interne Fragmentierungen und eine Reduktion beteiligter AktivistInnen zunahm, was letztlich elementar für das *Erlöschen der Proteste* war.

## 8| Rück- und Ausblick

Da sich die für die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmende profitorientierte Ökonomie ihrer eigenen Logik entsprechend andauernd ausdehnen muss, ist von einer fortgesetzten Intensivierung der neoliberal-kapitalistischen Instrumentalisierung der Gesellschaft und des Bildungswesens auszugehen (Haselwanter 2014: 227f).

Die damit einhergehende (zeitliche und inhaltliche) Verringerung von Bildungsmöglichkeiten (u. a. durch das restriktive Bologna-System, die individuelle Zeitoptimierung im Sinne der Wettbewerbslogik, die voranschreitende Transformation von Bildung in eine Ware oder die neoliberale Hegemonie) führt einerseits zur Reduktion von Kritikfähigkeit: Ebenso wie Bildung benötigt andererseits auch Protest temporäre Gelegenheiten, um sich entfalten zu können. Fehlen diese, ist entweder (quantitativ) mit weniger Protesten zu rechnen oder aber diese gehen parallel zur Marginalisierung von Bildung nicht mit einer notwendig umfassenden Beschäftigung mit dessen Ursachen einher und verbleiben im Rahmen der Halbbildung. Zudem ist die zweijährige Kürzung der Familienbeihilfe als Angleichung an die Durchsetzung eines ebenso um zwei Jahre verknüpften Regelstudiums (den Bachelor) zu interpretieren, was zeitliche Möglichkeiten umfassender Bildung und politischen Engagements zusätzlich reduziert (Haselwanter 2014: 229f).

In Folge des unbrennt-Aktionismus vervielfachten sich protesthinderliche Tendenzen durch die wachsende Einsicht, dass keine zentralen Forderungen durchgesetzt werden konnten. Die Aktionen gingen als ein Scheitern in das kollektive Gedächtnis ein und *produktive Nebenwirkungen* gerieten in Vergessenheit. Konkret zeigten sich diese Tendenzen u. a. darin, dass es nicht zu weiterem, umfassendem Aktionismus kam. Die österreichweiten Proteste gegen die Integration des für die Universitäten zuständigen, Wissenschaftsressorts in das Wirtschaftsministerium im Dezember 2013 verdeutlichten zwar, dass universitäre Bildung betreffender Aktionismus auch nach dem Abflauen von unbrennt noch stattfand. Jedoch wurden angesichts einer zeitlichen Begrenztheit auf wenige Tage sowie einer fehlenden gesamtgesellschaftlichen Kontextualisierung inhaltliche Mängel offensichtlich, deren Gründe (vergleichbar) schon im Zuge des Scheiterns von unbrennt deutlich wurden. Darüber hinaus wurde die Bekanntmachung der Eingliederung in das Wirtschaftsministerium von Seiten der Regierung kurz vor den weihnachtlichen Ferien angesetzt, was die Möglichkeit der Entfaltung einer entsprechenden Protestdynamik zusätzlich einschränkte (Haselwanter 2014: 231).

Nicht zuletzt diese Erkenntnisse und auch das überschaubare studentische Interesse an der eingangs erwähnten Aktionswoche zum fünfjährigen Jubiläum im Herbst 2014 bekräftigen die *These*, dass aktuell, obwohl ausreichend Gründe vorhanden (der einzige Unterschied zu 2009 ist das schon implementierte Bologna-Modell), *keine brennende Protestbewegung* in Sicht ist. Doch jede Analyse kann sich irren und der Mensch bleibt *unberechenbar*: So lange gesellschaftliche Widersprüche – als Protestursachen – existieren und befreiende Möglichkeiten von Bildung und Aktionismus reflektiert werden, ist widerständiges Handeln niemals auszuschließen. Auch im Herbst 2009 hielten die wenigsten Studierenden einen Protest wie unbrennt für möglich, aber er entstand trotzdem.

*Martin Haselwanter* ist extern Lehrender an verschiedenen Instituten der Universität Innsbruck, Bildungs- und Öffentlichkeitsreferent der entwicklungspolitischen NGO Südwind und aktuell an der Ausarbeitung eines Masterlehrgangs „Kritische Politische Bildung“ beteiligt. Seine Dissertation trägt den Titel: „Gesellschaft – Bildung – Protest. Studentischer Aktionismus in Zeiten der Instrumentalisierung von Bildung: Die Uni brennt!“ Kontakt: [Martin.Haselwanter@catbull.com](mailto:Martin.Haselwanter@catbull.com).

## Anmerkungen:

- <sup>1</sup> <http://www2.unibrennt.at/programm/> [5.2.2015].
- <sup>2</sup> <http://derstandard.at/2000007128964/Unifinanzierung-Zwei-Prozent-des-BIPs-bleiben-das-Ziel> [5.2.2015].
- <sup>3</sup> Bologna must break now! Ten reasons to hate bologna & mehr [Flugblatt 2010].
- <sup>4</sup> <http://derstandard.at/1336698316163/UG-2002-Zwischen-Befreiungsschlag-und-Entdemokratisierung> [10.2.2015].
- <sup>5</sup> Progress: Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, 60 Jahre ÖH, Sondernummer 2 (2006-A), S. 49
- <sup>6</sup> <http://www.profil.at/articles/0944/560/254423/einladung-gespraechen-studenten-brief-hahn-co> [20.12.2013].
- <sup>7</sup> <http://www.tt.com/tt/home/story.csp?cid=15756142&sid=57&fid=21> [30.10.2009].
- <sup>8</sup> <http://www.vienna.at/hahn-gegen-gespraecher-mit-irgendwelchen-studenten/news-20091029-11171472> [3.1.2014].
- <sup>9</sup> <http://ratzplast.wordpress.com/2009/11/06/ubersicht-besetzungen-de/> [19.05.2014].
- <sup>10</sup> Tiroler Tageszeitung vom 18.11.2009: 2.
- <sup>11</sup> andiamo! Dezember 2009: 2.
- <sup>12</sup> <http://schreibstoff.com/wissen/zwei-jahre-audimaxismus-happy-birthday-unibrennt> [6.1.2014].
- <sup>13</sup> <http://austria.indymedia.org/node/16686> [31.12.2009].
- <sup>14</sup> Tiroler Tageszeitung vom 1.7.2010: 10.
- <sup>15</sup> <http://www.kupf.at/service/veranstaltungen/unibrennt-goes-ars-electronica-festival-2010> [20.1.2014].

## Literatur

*Allgemeiner Studierendenausschuss der FU* 2010: Besetzter Hörsaal 1a geräumt.

<http://fachschaftsinitiativen.wordpress.com/2010/02/15/besetzter-horsaal-1a-geraumat>  
[15.1.2014].

*Arnim-Ellissen, Jakob* 2010: Hochschuldialog: Studierende steigen aus.

<http://zurpolitik.com/2010/05/14/hochschuldialog-oh-und-protestbewegung-steigen-aus/>  
[21.2.2014].

*Brand, Ulrich* 2006: Globalisierung als Projekt und Prozess, Neoliberalismus, Kritik der Globalisierung und die Rolle politischer Bildung. [http://www.univie.ac.at/intpol/wp-content/uploads/2010/03/18\\_u-brand\\_2006-bildung-in-zeiten-der-globalisierung.pdf](http://www.univie.ac.at/intpol/wp-content/uploads/2010/03/18_u-brand_2006-bildung-in-zeiten-der-globalisierung.pdf)  
[20.10.2013].

*Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung* 2010: Dialog Hochschulpartnerschaft, Empfehlungen zur Zukunft des tertiären Sektors, Ergebnisbericht des Dialogs Hochschulpartnerschaft, Wien: o. V.

*Foltin, Robert* 2009: Bewegungen der Studierenden in Österreich. In: MASSEUNI (Hg.): *Jenseits von Humboldt, Von der Kritik zur globalen Ökonomie des Wissens*. Wien: o. V., S. 34-38.

*Foltin, Robert* 2011: *Und wir bewegen uns noch, Zur jüngeren Geschichte sozialer Bewegungen in Österreich*. Wien: Mandelbaum.

---

*Gemeinsame Erklärung der Europäischen Bildungsminister 1999: Der Europäische Hochschulraum.*

[http://www.bmbf.de/pubRD/bologna\\_deu.pdf](http://www.bmbf.de/pubRD/bologna_deu.pdf) [20.09.2013].

*Haselwanter, Martin 2014: Gesellschaft – Bildung – Protest. Studentischer Aktionismus in Zeiten der Instrumentalisierung von Bildung: unbrennt! Bremen: Wiener Verlag für Sozialforschung.*

*Lemke, Nadine 2009: Malen nach Zahlen?*

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20091019\\_OTS0052/malen-nach-zahlen-bild](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20091019_OTS0052/malen-nach-zahlen-bild)  
[10.03.2014].

*Pasqualoni, Pier Paolo 2010: Kleine Geschichte der österreichischen Hochschulpolitik. In:*

Heisenberger, Stefan/Mark, Viola/Schramm, Susanne/Sniesko, Peter/ Süß, Rahel Sophia  
(Hg.): Uni Brennt, Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches. Wien, Berlin: Turia + Kant,  
S. 57-72.

*Pongratz, Ludwig A. 2010: Bildung im Bermuda-Dreieck: Bologna – Lissabon – Berlin. In: Schulheft,  
35. Jahrgang, Nr. 139, S. 35-51.*

*Sniesko, Peter 2010: Ein kurzer chronologischer Abriss der Studierendenproteste. In: Heisenberger,  
Stefan/Mark, Viola/Schramm, Susanne/Sniesko, Peter/ Süß, Rahel Sophia (Hg.): Uni Brennt,  
Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches. Wien, Berlin: Turia + Kant, S. 307-313.*

*Soyka, Juliane 2011: Der Bologna-Prozess. In: Bundesvertretung der Österreichischen  
HochschülerInnenschaft (Hg.): Wessen Bildung? Beiträge und Positionen zur  
bildungspolitischen Debatte. Wien: Mandelbaum, S. 262-287.*